

# PRIVATSACHE PANDEMIE?

Im Streit um die Corona-Maßnahmen ist der strenge **DATENSCHUTZ** in die Kritik geraten. Müssten wir hier Abstriche machen, um die Pandemie besser zu bekämpfen? Eine vermehrte Datennutzung wäre besser als ein dritter Lockdown, argumentiert Tino Sorge. Bei datenschutzfreundlichen Maßnahmen ist noch viel Luft nach oben, hält Anke Domscheit-Berg dagegen.



PRO VON TINO SORGE

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie sind Daten unverzichtbar: Infektionsstatistiken zeigen uns Hotspots. Bettenzahlen geben Auskunft über die Kapazitäten der Kliniken. Und Daten zu Kontaktpersonen oder besuchten Orten helfen den Gesundheitsämtern, Infektionsketten zu unterbrechen und gefährdete Personen zu warnen. Kurz: Daten retten Leben.

Umso erstaunlicher ist, dass bei vielen Ansätzen zur Corona-Eindämmung immer wieder reflexartig der Datenschutz ins Feld geführt wird, um sinnvolle Lösungen auszubremsen. Als Gesundheits- und Digitalpolitiker finde ich: Die Corona-Warn-App könnte uns bei der Eindämmung der Pandemie viel besser helfen, wenn die Gesundheitsämter punktuell einen Datenzugang erhalten würden. Denkbar wäre eine freiwillige Option für App-Nutzer, eigene Daten an das lokale Gesundheitsamt weiterzugeben – vor allem im Falle eines positiven Corona-Tests. Jeder von uns könnte auf diese Weise einen freiwilligen Beitrag dazu leisten, Infektionsketten zu durchbrechen.

Natürlich spielt auch der Schutz von Daten immer eine Rolle, gerade für die Akzeptanz unseres politischen Handelns. Im Winter aber, wo die Infektionszahlen hoch sind, geht es um Menschenleben. Im Angesicht einer solchen Lage sollten wir als Gesellschaft nicht zulassen, dass der Datenschutz zum Totschlagargument wird.

Wir erleben ein Jahr, in dem wir uns harte Eingriffe in unsere Grundrechte auferlegen mussten: Beschränkungen des öffentlichen Lebens, der Bewegungsfreiheit, der Wirtschaft. Die allermeisten von uns haben diese Maßnahmen mitgetragen. In gleicher Weise sollten wir mit Mut auch darüber debattieren, wie uns Daten bei der Corona-Bekämpfung helfen können. Eine kontrollierte, klar regulierte Datennutzung durch Gesundheitsbehörden wäre allemal das mildere Mittel als ein dritter Lockdown.



KONTRA VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Oft wird eine Absenkung des Datenschutzniveaus der Corona-Warn-App gefordert, denn „mit weniger Datenschutz hätten Länder wie Südkorea die Pandemie besser bekämpft“. Richtig ist, dass man dort nach Erfahrungen mit dem MERS-Virus die Pandemie insgesamt effizienter bekämpft.

Ja, außerdem sind Datenschutzstandards geringer. Man hat massiv personenbezogene Daten ausgewertet, auch von Kreditkarten und aus biometrischer Gesichtserkennung mit Kameraüberwachung im öffentlichen Raum. Ich finde es irritierend, dass man bei der Forderung, Südkorea zum Vorbild zu nehmen, nur das Datenschutzniveau thematisiert. Mit unserem Grundgesetz sind diese Praktiken nicht vereinbar. Auch die Datenschutzgrundverordnung verpflichtet zum Vorziehen datenschutzfreundlicher Alternativen.

Warum fordert dann keiner, die datenschutzfreundlicheren Maßnahmen von Südkorea zu kopieren? Etwa Schulen durch Maskenpflicht, Luftfiltersysteme und hybriden Unterricht sicherer zu machen, Testkapazitäten zu erhöhen und für mehr Maskendisziplin im Alltag zu sorgen? Die Corona-Warn-App kann stets nur ein Beitrag neben vielen anderen sein. Will man ihren Beitrag erhöhen, braucht es mehr Nutzerfreundlichkeit der App und bessere Prozesse rund um die App. Gesundheitsämter sind oft schlecht informiert und in Arztpraxen sowie Laboren hapert es. Viele Testergebnisse landen deshalb nicht in der App, was es erschwert, Dritte zu warnen.

Außerdem braucht es mehr Nutzer. 30 Millionen Menschen haben die App noch nicht installiert, obwohl sie es könnten. Das ist ein riesiges Potenzial, das wir bestimmt nicht mit weniger Datenschutz heben werden. Dafür braucht es eine große Aufklärungskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

TINO SORGE ist Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ANKE DOMSCHEIT-BERG ist Bundestagsabgeordnete und Obfrau der Linksfraktion im Ausschuss „Digitale Agenda“.